

Energiepreise: Rat soll Erhöhungen überprüfen

Einzelbewerber Bögel stellt Antrag: Preisdifferenz zwischen 2004 und heute einbehalten

Obernkirchen. Mit einem Antrag von Einzelbewerber Konrad Bögel hat die Debatte um die Höhe der Energiepreise jetzt das Rathaus und die Politik erreicht. Der Obernkirchener Stadtrat, so Bögel, solle prüfen, ob die seit 2004 vom Energieversorger einseitig vorgenommenen Energiepreiserhöhungen betriebswirtschaftlich berechtigt seien, oder ob diese Erhöhungen einseitig ohne ausreichende Begründung und ohne genügende Transparenz für Stadt und Bürger vorgenommen wurden. Zugleich fordert Bögel, dass die Stadt die Differenz zwischen den Preisen 2004 und heute einbehält, bis die Billigkeit nachgewiesen ist.

Als Verbraucher, so argumentiert Bögel, müsse die Stadt ihre eigene Ausgabenpraxis streng überwachen. In ihrer Rolle als Miteigentümer der Stadtwerke und Anteilseigner von E.on trage sie zudem Mitverantwortung dafür, dass Energiepreiserhöhungen billig, das heißt gerechtfertigt seien. Bögel: „Ich beantrage, dass der Rat diese doppelte Funktion wahrnimmt.“

Die Konsequenz: Die Differenz zwischen dem Ausgangs-Preisniveau im Jahr 2004 und den heutigen Energiepreisen bis zu einer rechtswirksamen Feststellung der Billigkeit von Energiepreiserhöhungen werde einbehalten. Eine Zahlung unter Vorbehalt reiche nicht aus. „In der exponierten Position der Stadt gegenüber den Bürgern und als Anteilseigner im Energieversorgungssystem würde eine Zahlung unter Vorbehalt eher ein Zurückweichen signalisieren und den Energieversorger nicht zu der erschöpfenden Auskunft zwingen, wie sie von Gesetz und Rechtsprechung gefordert wird.“

Während einer öffentlichen Sitzung sollen, so Bögel, der Antrag diskutiert und Vertreter der Bürgerinitiative „Energiepreise runter Schaumburg“ gehört werden.

Ganz unbefangen ist Bögel bei seinem Antrag nicht, wie er selbst eingesteht: Der Antrag beziehe sich auf die Bürgerinitiative „Energiepreise runter Schaumburg“, die sich vor einem Monat mit einem ähnlichen Vorschlag an Verwaltung und Rat der Stadt Obernkirchen gewandt hatte. Darüber hinaus stütze sein Antrag ein spezifisches politisches Ziel der Wählergruppe „Wir für Obernkirchen“. Bögel: „Bei beiden Aktionsprogrammen wirke ich mit.“

In wichtigen Fragen, die in die Lebensgestaltung der Bürger und den städtischen Haushalt eingreifen würden, so Bögel weiter, habe „ganz selbstverständlich“ der Rat der Stadt zu entscheiden. Dieser bestimmt mit seinen Selbstverwaltungsgremien, wie zu verfahren sei und welche Position die Vertreter der Stadt Obernkirchen in den Beteiligungsgesellschaften und bei den Energieversorgern einzunehmen hätten. Dies sei in der „überaus wichtigen Frage der Energiepreiserhöhungen unterblieben, beziehungsweise umgangen worden“, kritisiert Bögel.

Sein Antrag, dies zu korrigieren, sei daher auch dringlich: „Umso mehr, als es dem Rat obliegt, die Verbraucher vor unzureichend begründeten Finanzbelastungen zu schützen.“ rnk